

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wochentlich nachm. 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,20 RM. Bei Vorbestellung 1,50 RM. Zusätzl. Beleggeld Einzelnummer 10 Kpf. Alle Postanweisungen, Postkassen, unfern Wilsdruff, sind zu richten an den Verleger. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206.

Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rössen, sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 134 — 95. Jahrgang. Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640. Donnerstag, den 11. Juni 1936

Der deutsche Weg.

Die außenpolitischen Spannungen nehmen täglich zu. Wo eine Welt in Frieden und Verständigung aufbauen sollte, was ein Weltkrieg zerstört hat, da hindern Mißverständnisse und Mißtrauen alle Kräfte zum Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung. Man sollte meinen, daß die Welt aus dem großen Kriege ihre Lehren gezogen hat, sollte meinen, daß sie alles tut, um eine Wiederholung dergleichen, Menschen und Werte vernichtenden Auseinandersetzungen zu verhindern. Dennoch will es scheinen, als werde Argwohn gefät, wo Verständigung wachsen sollte. Es ist im Leben der Völker nicht anders als im Leben des einzelnen: Wer seinem Nächsten nicht traut, der kann auch nicht mit ihm zusammenarbeiten und kann nichts schaffen, das der Allgemeinheit zum Nutzen dienlich. Vertrauen ist die Voraussetzung für jedes gemeinsame Handeln, ist die Grundlage allen Schaffens und Arbeitens. Vertrauen im Leben der Völker heißt Frieden, heißt freundschaftlicher Verkehr von Volk zu Volk, heißt Ausrichtung nach den allgemein gültigen Regeln im Menschenleben, den ungeschriebenen Gesetzen, ohne die keine Lebensordnung und ebensowenig eine Weltordnung möglich ist.

Wo eine Staatskunst schöpferisch walten soll, muß Ordnung herrschen. Daher wird kein Staatsmann ein Interesse daran haben können, die Störung der Ordnung zu fördern, die zum Chaos führen muß. Am Durcheinander und Gegeneinander aller gegen alle ist auch der beste Staatsmann machtlos. Darum kann nie die Anarchie das Ideal sein, da sie Vernichtung aller werkschaffenden Kultur bedeutet. Leider gibt es Kräfte in der Welt, die aus der Zerstörung neue Werte zugehen wollen, die das Durcheinander und die Verneinung alles Seienden an den Anfang ihrer Arbeit setzen. Daß diese „Staatskunst“ nur das Ende aller Kultur und allen Völkerlebens bedeutet, ist denen, die ihr eigenes Leben den Gesetzen der Lebensordnung unterwerfen, klar. Und da diese welt- und lebensbedingenden Menschen auch in der Politik in der Mehrzahl sind, so sollten sie sich zusammenfinden und eine gemeinsame Front bilden gegen die Mächte der Zerstörung. Dabei ist es allerdings nötig, daß alle verantwortlichen Staatsmänner den Gefahren mit offenen Augen begegnen und sich nicht Scheuklappen anlegen. Männer, die Geschichte machen wollen, haben eine Verpflichtung vor ihrem Volke und vor der Welt. Sie werden ihrem Lande einen schlechten Dienst erweisen, wenn sie das Volk fernhalten von anderen Völkern und wenn sie Mauern aufrichten gegen die Nachbarn oder wenn sie gar die Völker in mehr- und minderberechtigte einteilen. Jede Zusammenarbeit der Nationen bedingt die Achtung der Ehre des anderen, Anerkennung seiner Gleichberechtigung und seiner Freiheit.

Diese Grundforderungen sind Richtschnur nationalsozialistischer Außenpolitik. Und da sie den Gesetzen der Lebens- und Weltordnung entsprechen, werden sie sich durchsetzen und werden bestehen allen Widerständen zum Trotz. Nicht der ist ein Staatsmann, der einseitig die Interessen seiner Nation vertritt, auch wenn seine Arbeit sein Volk in Gegenwart zu anderen führt, sondern der, der nach größeren Gesichtspunkten arbeitet und über das Wohl seines Volkes hinaus das Wohl und den Frieden der Völker erstrebt. Was nutzen die vielen „Blau-, Weiß- und Gelbbücher“, wenn sie nichts weiter sind als Rechtfertigungsversuche einer kurzfristigen, eigenmächtigen Politik. Sie sind kein Beitrag zur Weltbefriedung, sondern höchstens Streitobjekte, an denen sich die Gegensätze noch verschärfen. Nicht juristische Spitzfindigkeiten und diplomatische Jonglierkunst machen den Staatsmann aus. Ehrlichkeit, Offenheit und guter Wille sind viel stärkere Waffen, um Mißverständnisse und Widerstände aus dem Weg zu räumen.

Dieser Politik redet das Deutschland Adolf Hitlers das Wort. Noch steht die deutsche Methode im Kampf gegen die Diplomaten des Parzells- und der alten Schule, aber läßt und entschlossen geht die deutsche Außenpolitik ihren Weg. Nicht mit Kniffen und Kunststückchen wird man dem Volke die Außenpolitik näherbringen, sondern durch Sachlichkeit und Klarheit. Es ist nicht wichtig, daß ein paar Auserlesene ihre Ziele sehen, es ist weit wichtiger, daß auch der letzte Mann im Volke die Sprache seiner Politik versteht und daß ihm die Lebensrechte und Lebensbedürfnisse seines Volkes klarwerden und er seine Folgerungen daraus ziehen kann.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Dokumentensammlung erfolgt, die, bearbeitet von Dr. Fritz Werber und erschienen im Junfer- und Dünhaupt-Verlag, ohne schmückendes Beiwerk alles zusammengestellt hat, was zum Kapitel Rheinlandsfrage gehört. Die 76 Dokumente sind ein lüdenloses und vorurteilsloses Quellenmaterial, das mit der Note des Marschalls Foch vom 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Mächte beginnt und endet mit den Rückfragen zum Friedensplan der deutschen Regierung vom 6. Mai 1920. Alle Verträge, Noten, Verlautbarungen und Reden erscheinen im Wortlaut und ungekürzt. So entsteht ein klares und unverfälschtes Bild der euro-

Wo kommen die Mittel zur Arbeitsbeschaffung her?

Grundlegende Ausführungen Dr. Goerdelers auf dem intern. Gemeindekongreß

Im Mittelpunkt des dritten Tages des Internationalen Gemeindekongresses, mit dem die Berliner Verhandlungen zu dem ersten Thema der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Gemeinden abgeschlossen wurden, fand eine große Rede des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler über die Finanzierung der deutschen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Oberbürgermeister Dr. Goerdeler schilderte einleitend die deutschen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, ein wohlüberdachtes System verschiedener Maßnahmen, die in den Jahren 1933/34 in Deutschland ergriffen sind, um die Arbeitslosigkeit von den verschiedensten Seiten her zur Auflösung zu bringen. Allen diesen Maßnahmen liegt die gemeinsame Idee zugrunde, möglichst natürliche Kräfte durch wirtschaftlich erhöhte Betätigung der Menschen in Bewegung zu setzen.

Die Reichsanstalt hat für die Finanzierung der werkschaffenden Arbeitsloshilfe in den Jahren 1933-35 fast zwei Milliarden ausgegeben.

Bei der Ausdehnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnten die Mittel nicht mehr durch die Haushalte bereitgestellt werden. Die dazu notwendigen langfristigen Kredite waren auf dem Kapitalmarkt nur begrenzt zu beschaffen. Es sind daher neue Wege eingeschlagen. Zunächst der der Vorfinanzierung, d. h. des Vorrufs auf künftige Einnahmen, also eine Vorbelastung des künftigen Staatshaushalts. Dieser Methode liegt die Annahme zugrunde, daß eine verstärkte Arbeitslosigkeit erhöhte Umsätze, verringerte Unkosten und damit größere Steuerkraft der gesamten Wirtschaft erzeugt. Die Vorfinanzierung erfolgte kurzfristig durch Wechsel, wobei sich das Reich zur Einlösung aus Haushaltsmitteln verbürgte.

Die Vorbelastung beträgt für die Jahre 1933 160 Millionen, 1934 741 Millionen, 1935 485 Millionen, 1936 919 Millionen, 1937 914 Millionen, 1938 909 Millionen Markt. Eine sehr wesentliche Belastung des Arbeitsmarktes bedeutet natürlich alle direkten Aufträge des Staates zur Erfüllung von Staatszwecken aller Art. Auch bei anderen Völkern fließen erhebliche Teile des Volkseinkommens in die Rüstungen. Deutschland hat sich von Subventionen der Wirtschaft wieder freigemacht. Die Erfahrungen mußten schmerzhaft sein und werden auf die Dauer überall, wo man derartige Versuche wagt, schlecht sein.

Nach eingehender Darlegung der Art der Finanzierung und ihrer Auswirkungen wandte sich Dr. Goerdeler an die Teilnehmer in einem Vortrag aufgestellten Fragen zu. Deren wesentliche, erklärte der Redner, war doch wohl die, ob es denn sinnvoll ist, erst durch das Steuerloshilfe den einzelnen Menschen Mittel für ihre kleinere Arbeitsbeschaffung wegzunehmen und sie im großen zu verwenden. Herr Professor Hilton hat vollkommen recht, dieses ist nicht sinnvoll, und es ist daher eine ständige Aufgabe und gleichzeitig

höchste Kunst jeder öffentlichen Verwaltung, ihre Anforderungen an die Wirtschaftskraft des einzelnen so zu gestalten, daß auf beiden Seiten das Optimum an Wirkung herauskommt.

Ich stimme mit Herrn Professor Hilton vollkommen darin überein, daß also, um jede Grenzüberbreitung zu verhüten, alles getan werden muß, um die natürlichen Kräfte des Menschen in Bewegung zu setzen. Sie abfelen darin, daß die Menschen ihre Leistungen gegen-

einander tauschen, so daß nicht jeder, wie der Kolonist im Urwald, seinen ganzen Lebensbedarf sich selbst erarbeitet, sondern nur seine besten Fähigkeiten ausnützt und die Einseitigkeit, die dadurch entsteht, durch Tausch mit anderen ausgleicht. Es ist notwendig, auch den Ursachen nachzugehen, weswegen diese natürlichen Funktionen des Menschen und ihr Austausch untereinander in ein so krankhaftes Stocken geraten ist. Das 19. Jahrhundert hat einen in der Geschichte seltenen Zeitraum des Friedens, der Ordnung und der Entwicklung zur Wohlfahrt gebracht.

Die Friedensschlüsse des 19. Jahrhunderts erschienen von einer seltenen Verantwortung für die Zukunft getragen. Ein Gleiches kann man nun einmal von der Beendigung des Weltkrieges nicht sagen.

Nachdem schon große Teile des Rationalvermögens der beteiligten Staaten durch den Krieg selbst vernichtet waren, entbehren alle die technischen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts der wirtschaftlichen Ausnutzungsmöglichkeit, weil die Saat des Mißtrauens die unerlässlichen politischen Vorbedingungen für weiträumigen Verkehr nicht schaffen kann. Dies Mißtrauen zu beseitigen, mußte die erste Aufgabe sein, und dies Mißtrauen mußte so lange lebendig sein, solange die Ehre des einzelnen Volkes nach verschiedenem Maße gemessen wurde. Wer mit der großen Verantwortung, die die Zukunft erfordert, an eine ruhige Überlegung geht, der wird anerkennen müssen, daß die Beseitigung dieses Krankheitsherdes durch Deutschland letzten Endes allen zugute kommen wird.

Wir stehen in der Welt vor großen Entscheidungen. Entweder wird auf der Grundlage sicherer Währungen und ihrer Abstimmung aufeinander und durch Verzicht auf einseitige Abänderung die unerlässliche Voraussetzung für eine Gesundung und Belebung des Gültersaustausches in der Welt geschaffen, dann kann jedes Volk seine besten Eigenschaften und natürlichen Bedingungen ausnützen, und die allgemeine Gütererzeugung wird so billig wie möglich und die Befriedigung des Bedarfs daher auch so umfassend wie möglich sein, oder man will oder kann die Großzügigkeit, die nun einmal zu einem solchen Entschluß gehört, nicht aufbringen.

Dann bleibt auf die Dauer nichts anderes übrig, als die Arbeitslosigkeit, die sich im 19. Jahrhundert aus der Weltwirtschaft entwickelt hat, wieder zu beseitigen und zu einer minderarbeitstheoretischen Wirtschaftsform in jedem einzelnen Volke zurückzuführen.

Das ist ein Naturgesetz, und andere Möglichkeiten gibt es dann auf die Dauer nicht. Das wird sich für das eine Volk, das im Hinblick auf die Weltwirtschaft stark industrialisiert ist, dahin auswirken, daß es mehr siedeln und mehr dem Handwerk sich zuwenden muß. Für ein anderes Volk, das sich in der Hauptsache einer seiner eigenen Bedürfnisse überhebenden landwirtschaftlichen Produktion zuwandte hat, wird es heißen, sich eigene Industrien zu schaffen.

Die Völker der Welt erleiden in der Arbeitslosigkeit die Folgen eigenen fehlerhaften Tuns.

Da sie alle in gleicher Verdammnis sind, ist die Aussicht der gemeinsamen Umkehr noch nicht versperrt. Es würde mir nützlich erscheinen, wenn auch dieser Kongreß von Gemeinden, die ja letzten Endes von den Auswirkungen wirtschaftlicher und sozialer Erschütterungen immer zuerst betroffen werden und dann Maßnahmen ergreifen müssen, diese Erkenntnis vertiefen würde, wenn er den Willen zur Zusammenarbeit fähen würde. Diese Zusammenarbeit muß die natürlichen Grundlagen eines lebendigen Leistungsaustausches wiederherstellen. Das deutsche Volk ist, wie der Führer und Reichskanzler wiederholt feierlich verkündete, aus innerster Überzeugung zu einer solchen Gemeinschaftsleistung bereit.

Das Zahlungsabkommen mit der Schweiz gekündigt

Der deutsche Gesandte im Bern hat auftragsgemäß dem Schweizerischen Bundesrat eine Note des Inhalts überreicht, daß die kürzlich von der Schweiz ausgearbeiteten Vorschläge über eine Abänderung des deutsch-schweizerischen Zahlungsabkommens von Deutschland nicht als Grundlage für die Weiterführung der Verhandlungen angenommen werden können. Die deutsche Regierung hat daher vorzugslich das Zahlungsabkommen vom 17. April 1935 und das am gleichen Tage abgeschlossene Warenauszahlungsabkommen zum 30. Juni 1936 gekündigt. Sie hat sich jedoch bereit erklärt, auf der Grundlage ihrer Vorschläge in der Zwischenzeit die Verhandlungen über eine Regelung des deutsch-schweizerischen Zahlungsverkehrs wieder aufzunehmen.